

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Preis pro Nummer 2,- RM. Ein Jahresabonnement 24,- RM. (Vorauszahlung).
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend
Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Verlagspreis: 10 Pf. (einschl. Porto).
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 43 — 94. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 20. Februar 1935

Auffstrebender Mittelstand.

Früher hat man in beinahe jeder Regierungserklärung hören und lesen können, daß „dem Mittelstand geholfen werden muß“. Doch diesen Worten folgte so wenig die Tat, daß man damals, teils mit Recht, teils mit Unrecht, von dem „sterbenden Mittelstand“ sprechen mußte! Jetzt aber haben sich die Dinge ganz anders entwickelt, und der Reichsstand des deutschen Handels, ebenso der des deutschen Gewerbes, haben eine organisatorische Leistung vollbracht, die man früher für ganz unmöglich gehalten hätte. Es war ja immer als „hoffnungslos“ bezeichnet worden, überhaupt den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand unter einen Hut zu bringen, — und jetzt ist man so weit fortgeschritten, daß die letzten organisatorischen Schwierigkeiten oder Unklarheiten aus dem Wege geräumt werden. Wie der Reichsstand des deutschen Handels mittels, haben in der Reichswirtschaftskammer die Spitzenverbände von Handwerk, Industrie und Handel Besprechungen über die organisatorische Abgrenzung namentlich zwischen Handwerk und Handel abgehalten, und bis zum endgültigen Ergebnis wird nur noch die Frage offengelassen, wie weit der künftige Handwerker auf dem Gebiet der kaufmännischen Geschäftsführung und umgekehrt, der Kaufmann auf dem Gebiet etwaiger handwerklicher Betätigung, den Nachweis der Sachkunde erbringen muß.

Dem der Um- und damit der Aufbau des Mittelstandes ist vom Nationalsozialismus ganz bewusst auf das Prinzip der Leistung eingeleitet worden. Ebenso der kaufmännische wie der gewerbliche Mittelstand sollen allmählich von Elementen gereinigt werden, die sich in ihn einschmuggeln dürfen, weil eine liberalistische Gewerbeordnung dem Zustrom aller möglichen Leute Tür und Tor öffnet. Das Gesetz zum Schutz des Einzelhandels, das jetzt fortgesetzt Durchführungsverordnungen erfährt, hatte schon vor fast zwei Jahren jenen Zustrom dadurch abgedämmt, daß die Errichtung neuer Verkaufsstellen im Einzelhandel oder die Veräußerung als Handwerker geführt worden sind an einen Nachweis der Sachkunde. Jetzt wird in einer ministeriellen Durchführungsverordnung eingehend festgelegt, was der Staat als Voraussetzung für die Eröffnung eines Einzelhandels-geschäftes verlangt und verlangen muß. Dazu gehört etwa nicht nur die Warenkunde, sondern das umfaßt auch die Buchhaltung und die Kassulation, den „Dienst am Kunden“ und die wichtigsten Rechtsfragen. Der Prüfling muß „über das Durchschuldtwissen eines Kaufmannsgehilfen verfügen“. — kurz, er muß den Nachweis erbringen, daß er das Vertrauen rechtfertigt, das der Käufer ihm entgegenbringt.

In den Krisenjahren ist beinahe in allen Gewerbe-zweigen die Zahl der Klein- und Kleinbetriebe zu einem Umfang gesunken, das sowohl im Handel wie im Handwerk, nicht zuletzt auch im Gastwirtschaftsgewerbe eine starke Überlegung eingetreten ist. Der nationalsozialistische Staat hat hier sehr schnell und sehr energisch eingegriffen, indem er die Schwarzarbeit nicht bloß bekämpfte, sondern geradezu aus der Welt geschafft hat. Grundsätzlich wurde das Handwerk dadurch neu geordnet, daß eine Pflichtorganisation eingeführt wurde — auch eine Maßnahme, die man in früherer Zeit für „einfach unmöglich“ erklärt hatte! — und daß der Große Beschäftigungsanspruch und die Handwerkskarte für alle geschaffen wurden, die sich einem Handwerk widmen oder sich ihm widmen wollen. Der Hausierhandel wurde eingeschränkt und dann nicht zuletzt dadurch eine Wässerung des Wettbewerbes herbeigeführt, daß die Konkurrenzwirkung der Großbetriebe abgeschwächt worden ist.

Aber neben diesen, man möchte sagen, mehr negativen Maßnahmen, die dazu bestimmt waren, die früheren Auswüchse und Schwächen im kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand zu beseitigen, traten die zahlreichen Maßnahmen positiver Art, die sich vor allem an das große Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung angeschlossen. Das Zugabe- und das Abattagegesetz lenkten den Wettbewerb in neue Bahnen und stellten wie überall das Prinzip der Leistung in den Vordergrund. Bei der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes sind gerade die mittelständischen Betriebe in den Arbeitsprozeß eingeschaltet worden; es ist Willen der Regierung, auch bei öffentlichen Ausschreibungen diese mittelständischen Betriebe bevorzugt zu sehen. In großem Umfang griff der Staat durch Vorkauf und Darlehen im Interesse namentlich des Klein-gewerbes ein, und die Reichszuschüsse für Umbauten und Gebäudefestsetzungen haben sich zugunsten des Handwerkes bereits sehr stark ausgewirkt.

Zum großen Teil gehören das Handwerk und der kaufmännische Mittelstand einem Teile der Volkswirtschaft an, der wesentlich von dem Auf und Ab des Verbrauches abhängig ist. Und damit ist es gegeben, daß sich die Wiederbelebung der Wirtschaft beim Mittelstand erst langsam geltend machen kann. Aber auch bei ihm ist der krisen-typische Zustand durch die wirtschaftlichen und durch die organi-satorischen Maßnahmen im neuen Deutschland schon weit überwunden worden.

Laval berichtet über die deutsche Antwort

Ministerrat in Paris.

Im französischen Ministerrat erstattete nach Behandlung innerpolitischer Fragen Außenminister Laval einen Bericht über die außenpolitische Lage und den Stand der im Gange befindlichen internationalen Verhandlungen. Wie verlautet, hat sich Laval in seinem Bericht besonders mit der deutschen Antwort auf die französische Erklärung befaßt. Der Minister soll, wie in unterrichteten Kreisen betont wird, darauf hingewiesen haben, daß

die französische Regierung in ständiger Verbindung mit der englischen Regierung

stehe, und daß der Gedankenaustausch zwischen Paris und London nach wie vor in dem Geiste einer vertrauens-vollen Zusammenarbeit fortgesetzt werde. Im übrigen soll er betont haben, daß nicht mit einer sehr beschleunigten Entwicklung der Verhandlungen zu rechnen sei. Die Probleme, die die deutsche Antwort aufgeworfen habe, müßten genauestens geprüft werden, so daß sich jede Eile in der Ausarbeitung der Antwort Englands und Frankreichs an Deutschland von selbst verbiete.

In politischen Kreisen will man wissen, daß der französische Votschafter in London, Corbin, der eine längere Aussprache mit dem britischen Außenminister Sir John Simon hatte, dem Louis D'Orsay mitgeteilt hat, daß die englische Regierung der möglichst baldigen Eröffnung einer unmittelbaren deutsch-englischen Aussprache geneigt sei. Es sei aber noch nicht endgültig entschieden, ob Sir John Simon sich selbst nach Berlin begeben wird, oder ob vorher ein Besuch des deutschen Außenministers Freiherrn v. Neurath in London stattfinden wird.

Die britisch-französischen Besprechungen

Der Berliner Korrespondent der „Londoner Times“ meldet: „Nach deutscher Meinung ist eine englisch-deutsche Besprechung nicht nur der nächste logische Schritt im Zusammenhang mit den auf der französisch-englischen Konferenz in London entwickelten Plänen, sondern auch der einzige Schritt, der die Ereignisse wirklich erfolgreich in Bewegung setzen wird. In einflussreichen und gut unterrichteten Kreisen scheint die Ansicht vorzuherrschen, daß eine neue britisch-französische Note, die auf eine neue französisch-britische Besprechung folgen würde, keinen guten Eindruck auf Deutschland machen würde, wo man seit langem der Ansicht war, daß der wirkliche Locarno-Geist etwas verwässert worden ist. Man hätte es als dem Locarno-Geist entsprechender betrachtet, wenn Großbritannien auch mit Deutschland ebenso wie mit Frankreich Rücksprache genommen hätte, bevor den Mächten eine Erklärung vorgelegt würde. Daß England dies nicht tat, wird als Folge der 15 Jahre alten „Versäufelung der Gewissenshaft“ infanterer englisch-französischer Rücksprache erklärt, und daß man nicht etwa erwarten könne, daß sich die beiden Mächte mit einem Schlag von dieser Gewohnheit trennen trotz ihres Wunsches, in einen neuen Abschnitt der gleichen und freien Verhandlung einzutreten. Aber es besteht die Ansicht, daß ein ausgleichender Schritt in Berlin das mindeste sei, was man jetzt vernünftigerweise erwarten könnte. In der deutschen Antwort war England als Garantmacht Locarnos und daher als einem für die Rolle des Vermittlers bestimmten Lande die

Anregung einer direkten englisch-deutschen Fühlungsnahme vorgelegt worden. Besondere Umstände, „ganz unabhängig von Deutschlands eigenem Willen“ erlauben im Augenblick nicht eine direkte französisch-deutsche Besprechung, so erwünscht eine solche auch sein würde. Infolgedessen ist es um so wichtiger, die bestehenden Verhandlungen möchsten so schnell und so wirksam wie möglich ausgearbeitet werden, um eine allgemeine Regelung vorzubereiten. Frankreich, so wird hier gesagt, wünscht die Ansicht Deutschlands zu den vielen in Erwägung befindlichen Problemen zu wissen, und wie, so fragt man sich, kann diese besser übermittelt werden als durch England? Von den zwei öffentlich erklärten Anregungen, nämlich den Besuch eines deutschen Ministers in London und den Besuch eines englischen Ministers in Berlin, erscheint die letztere für den Augenblick stark bevorzugt zu sein. Die Bevorzugung stützt sich, wie man in Erfahrung bringt, auf Erwägungen über die Struktur des Regimes im neuen Deutschland, wo Hitler allein Entscheidungen trifft. Der ganze Zweck der Göring-Würde, wie gesagt wird, ebenso wie bei den Locarno-Besprechungen der sein, die allgemeine neue Regelung besonders die Zustimmungen als ersten Schritt um einen Abschnitt näherzubringen, indem man hilft, die französischen Erfordernisse einzupassen und einige der — hauptsächlich psychologischen — Schwierigkeiten zu beseitigen, die einer deutsch-französischen Annäherung im Wege stehen.“

Besprechungen zwischen Sir John Simon und dem französischen Votschafter Corbin

London, 19. Februar. Außenminister Sir John Simon und Großlegationsrat Eden nahmen am Dienstag an der Sitzung des Ministerrates teil, der sich, wie Reuters wissen will, mit der deutschen Stellungnahme zu den englisch-französischen Vorschlägen beschäftigte. In der Sitzung des britischen Kabinetts am Mittwoch wird Sir John Simon über die deutsche Antwort sprechen. Das Kabinet wird ferner, so betont Reuters, ohne Zweifel den deutschen Vorschlag unmittelbarer Verhandlungen zwischen Deutschland und England prüfen. In diesem Zusammenhang stellt Reuters weiter mit, daß der französische Votschafter Corbin dem englischen Außenminister bei seinen beiden letzten Besuchen am Montag und Dienstag klar zu verstehen gegeben habe, Frankreich würde gegen einen Besuch Sir John Simons in Berlin zu einem späteren Zeitpunkt nichts einzuwenden haben, wenn der englischen Regierung nach einem erschöpfenden Meinungs-austausch zwischen Frankreich und England ein solcher Besuch wünschenswert erscheine. Doch bedeute dies nicht, daß eine derartige Entscheidung bereits getroffen worden sei. Die äußerst wichtigen englisch-französischen Besprechungen würden noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Ein Ergebnis der englisch-französischen Fühlungsprobe wird vielleicht sein, daß man auf diplomatischem Wege in Berlin Erundigungen einlegt, ob die Reichsregierung damit einverstanden sei, daß die deutsch-englischen Besprechungen den gesamten Inhalt der Londoner Erklärungen umfassen. Die französischen und englischen Staats-männer, heißt es in dem Reutersbericht weiter, seien sich einig darüber, daß der Luftpost Gegenstand einer unmittelbaren Dis-kussion sein könne; ebenso einig seien sie sich aber darüber, daß es tatsächlich nicht möglich sei, das Luftabkommen ohne die übrigen Punkte der gemeinsamen Londoner Entschliessung vom 3. Februar abzuschließen.

In acht Tagen: Saarfeier.

Die Saar rüstet zur Befreiungsfeier.

Im Saargebiet sind gegenwärtig umfangreiche Vor-beredungen im Gange, um die Rückgliederungs-feierlichkeiten am 1. März vorzubereiten. Es ist ein besonderer Organisationsausschuß an der Arbeit. Man rechnet besonders mit einem starken Besucherzustrom aus dem Reich. Um den Festgästen entgegenzukommen, hat die Reichsbahn eine Fahrpreisermäßigung von 75 Prozent auf allen ihren Strecken für die Teilnehmer an den Befreiungsfeierlichkeiten zugesagt. Es steht bisher noch nicht fest, wieviel Sonderzüge fahren werden. Jedenfalls werden sie am 27. und 28. Februar in Saarbrücken eintreffen. Es ist ferner vorgesehen, daß die Benutzer dieser Züge einige Tage im Saargebiet bleiben können. In die saarländische Bevölkerung ergeht auenthalben die Aufforderung, so viel wie möglich Frei-quartiere zur Verfügung zu stellen.

Nutz vor ihrer Abreise aus dem Saargebiet hat die Schwedische Kompanie in Reddingen dem dortigen Vorsitzenden der Deutschen Front den Betrag von 1020 Franc mit der Bestimmung übergeben, diese Summe im Rahmen des Winterhilfswerks für Arbeiterhinterbliebene zu verwenden. Diese schöne Abschiedsgeste der schwebenden Schwedischen Truppen hat allgemein viel Anerkennung gefunden.

Emigranten kehren zurück.

Von den in der Gegend von Toulouse untergebrachten Saar-Emigranten traten mehrere auf eigenen Wunsch die Rückreise in ihre Heimat an. Sie mußten vorher eine Verpflichtung unterschreiben, nicht wieder nach Frankreich zurückzukehren. Schon vor einigen Tagen ist eine Anzahl von Flüchtlingen auf ihren Wunsch zurück-bezogen worden. In den Kreisen der in verschiedenen